

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 2 (1983)

Heft: 2: Zukunftsbilder

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Elektrizitätsflaute

Der Stromverbrauch in der Schweiz hat im vergangenen Winterhalbjahr 1982/83 nach Erhebungen des Bundesamtes für Energiewirtschaft stagniert. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) führt die für ihn unangenehme Entwicklung auf die Wirtschaftsflaute zurück. Wie immer ist natürlich auch die milde Witterung «schuld» und schliesslich hat auch noch der Sparwille der Bevölkerung die Elektrizitätsflaute mitverursacht. Je nach Region zeigen sich jedoch starke Unterschiede. Im Versorgungsgebiet der Freiburgerischen Elektrizitätswerke stieg z.B. der Stromkonsum um 2,2 Prozent, in Neuenburg sank er um 1,7 Prozent. Im ganzen Versorgungsgebiet der Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) ergibt sich eine Abnahme um 2,2 Prozent. Den stärksten Rückgang meldet das Aargauische Elektrizitätswerk mit einem Minus von 3,5 Prozent.

Mehrheit der Schweizer gegen die Atomenergie

Die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung ist heute gegen den Bau von weiteren Atomkraftwerken. Das wurde in der Vox-Analyse festgestellt, welche im Nachgang zu der eidgenössischen Volksabstimmung über den Energieartikel durchgeführt wurde. Sowohl Deutschschweizer wie Romands sind heute mehrheitlich gegen die Atomenergie eingestellt. 1979 waren die Romand noch dafür.

37 Prozent sind der Ansicht, in der Schweiz sollten keine weiteren AKW gebaut werden, 17 Prozent finden, man solle nicht nur keine neuen bauen, sondern auch die bestehenden sofort stilllegen. Daraus folgt, dass 54 Prozent der Schweizer der Meinung sind, dass die Schweiz in Zukunft ohne Atomkraftwerke auskommt. Nur sechs Prozent glauben, man könne ohne weiteres noch einige Atomkraftwerke aufstellen, 35 Prozent meinen, ein weiteres liege noch drin. Daraus folgt, dass 41 Prozent der Schweizer die Atomenergie befürworten.

Aus der Analyse geht weiter hervor, dass die Ablehnung der Atomenergie nicht an Parteien gebunden ist. 94 Prozent der Poch-Anhänger sind dagegen, 71 Pro-

zent der SP-Kundschaft ebenfalls, die Liberalen stehen mit 63 Prozent bei den Gegnern, der Landesring mit 60 Prozent, bei der SVP halten sich die Gegner und Befürworter etwa die Waage. FDP und CVP-Anhänger akzeptieren zu 57 bzw. 54 Prozent die Atomkraft.

Eine Mehrheit der Bevölkerung hätte auch einen schärferen Energieartikel akzeptiert. 22 Prozent der Gegner des Energieartikels stimmten Nein, weil sie einen schärferen Artikel wollten. Aber auch eine knappe Mehrheit von 54 Prozent der Befürworter hätten gerne besser greifende Massnahmen gesehen.

Justitia et Pax: Unmissverständlich

«Unsere Verantwortung in der Energiefrage» heisst eine von der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax veröffentlichte Studie zur Lösung des Energieproblems. Diese Studie hat innerhalb der Elektrowirtschaft Unmut ausgelöst. Denn was diese ständige Kommission der schweizerischen Bischofskonferenz erarbeitet hat, sind Denkanstösse und Vorschläge aus sozialem ethischer Sicht. Diese Erkenntnisse sind allerdings nicht sehr bequem für die vorherrschende Meinung in Politik und Wirtschaft. Da ist zum Beispiel die Rede von der «oekologischen Solidarität», welche die Pflicht beinhaltet, anderen Menschen das Recht auf eine eigenständige Gestaltung ihres Lebens zuzubilligen und ihnen die dafür notwendigen Grundlagen zu erhalten. Die Gesamtsituation aber sei durch unbedachte und verschwenderische Energienutzung ins Ungleichgewicht geraten, gekennzeichnet etwa dadurch, dass 28 Prozent der Weltbevölkerung 77 Prozent der gesamten Energiemenge für sich verbrauchen. Unter dem Kapitel «Energie und Partizipation» geht es um die Verhältnisse und Auseinandersetzungen in der Schweiz. Die Erwartung, mittels Volksrechten etwas zu erreichen, werde oft enttäuscht. Als Grund dafür wird angeführt, dass man langwierige Prozesse manchmal zu schnell verwirklichen wolle, andererseits würden aber andere Interessenkräfte eine an sich richtige Lösung verhindern. Die Studie kommt zum Schluss, dass Mehrheitsentscheidungen nicht unbedingt der Ausdruck des Guten und Ge-

rechten seien. Die Verwendung nicht institutionalisierte Partizipationsformen (Bürgerinitiativen) wird als gerechtfertigt angesehen, wenn sie gewaltfrei bleiben. Sehr differenziert befasst sich die Arbeitsgruppe mit der Gewaltfrage überhaupt. Sie wird strikte abgelehnt. Allerdings sei die Anwendung von Gewalt «verstehbar», wenn es der letztmögliche Ausdruck von Benachteiligten ist und ein Einsatz gegen Benachteiligten in einer als ausweglos empfundenen Situation erfolgt.

Nach Meinung der Arbeitsgruppe kommt dem Energiesparen absolute Priorität zu. Solange keine sichere Lösung des radioaktiven Abfallproblems gegeben sei, dürften keine weiteren Atomkraftwerke in Betrieb genommen werden. Damit geht die Arbeitsgruppe weiter als die Atominitiative der Umweltschutzorganisationen, welche kein Atomkraftwerk nach Leibstadt mehr zulassen will. Diese Haltung muss als eigentliche Sensation gewertet werden.

Die spanische Reise Ein Lehrstück in Filzokratie

Empört und beleidigt fuhr die Solothurner Regierung über die eigene Staatsanwaltschaft und die Untersuchungsbehörden her: «Mit ihrem unüberlegten, unverhältnismässigen und publizitätssüchtigen Vorgehen haben sie politischen Schaden angerichtet und den Regierungsrat in Misskredit gebracht.»

Untersuchungsrichter und Staatsanwaltschaft hatten ermittelt, weil die vollzählige Solothurner Regierung zusammen mit sechzig weiteren schweizerischen Magistratspersonen über Auffahrt fünf Tage auf Einladung und Kosten des Atomkraftwerkes Gösgen eine «Informationsreise» unternommen hatten. Jedermann weiss natürlich, dass diese Rechnung – etwa 200000 Franken – vom Stromkonsument beglichen wird. Nicht nur berappt der Strombezüger die kostspielige und grössenwahnsinnige Propaganda der Elektrowirtschaft, jetzt weiss er, dass er auch noch deren Vergnügungsreisen mitfinanziert. Anlass für die Reise war das zehnjährige Bestehen des Atomkraftwerkes Gösgen. Was es da zu feiern gibt ist zwar nicht ersichtlich, wenigstens nicht für den Durchschnittsbürger. Die Reise wurde unter dem Titel «Informationsreise» gerechtfertigt.

ENERGIESZENE

«Energie + Umwelt» legt seinen Lesern das detaillierte Reiseprogramm vor, woraus ersichtlich wird, dass die «Information» eine Stunde und 45 Minuten gedauert hatte:

Generelles Programm für die Studienreise 1983 nach Spanien

Mittwoch, 11. 5. 1983

12.30 Uhr: Abflug in Zürich-Kloten mit Swissair (Charter für KKG), Mittagessen an Bord. 14.45 Uhr: Landung in Madrid. Transfer zum Hotel «Miguel Angel»; Zimmerbezug. 18.00–20.00 Uhr: Stadtrundfahrt. 20.15 Uhr: Nachtessen in einem typischen spanischen Restaurant.

Donnerstag, 12. 5. 1983

09.30 Uhr: Abfahrt mit Bus nach Toledo. 11.00 Uhr: Besichtigung der Kathedrale und des Alcázar. 13.00 Uhr: Mittagessen. 14.30 Uhr: Panoramafahrt und Besuch des El Greco-Hauses. 16.30 Uhr: Abfahrt nach Madrid. 18.00 Uhr: Ankunft im Hotel. 21.30 Uhr: Abendessen und Flamenco-Show.

Freitag, 13. 5. 1983

09.00 Uhr: Abfahrt mit Bus zum Kernkraftwerk Trillo. **11.15 Uhr: Besichtigung der Kraftwerksanlagen (im Bau).** **13.00 Uhr: Abfahrt nach Sigüenza.** 14.00 Uhr: Mittagessen im Schloss Parador Nacional. 16.15 Uhr: Rückfahrt nach Madrid. 18.30 Uhr: Ankunft im Hotel. 20.30 Uhr: Nachtessen im Hotel.

Samstag, 14. 5. 1983

08.30 Uhr: Abfahrt mit Bus nach El Escorial. 10.00 Uhr: Besichtigung des El Escorial. 11.45 Uhr: Weiterfahrt ins Valle de Los Caidos, Besichtigung. 13.00 Uhr: Imbiss. 14.00 Uhr: Rückfahrt nach Madrid. 15.30 Uhr: Ankunft im Hotel. 20.30 Uhr: Galadiner.

Sonntag, 15. 5. 1983

Vormittag zur freien Verfügung; Gelegenheit für geführte Besichtigungen des Palacio Real und des Prado. 15.00 Uhr: Rückflug in die Schweiz (Essen an Bord) mit Swissair-Charter zur Verfügung KKG.

Wenn solche Reisen in der schweizerischen Politik und Wirtschaft üblich sind, dann sollte man sie auch als deklarieren was sie sind, aufmerksame Geschenke für eine willfähige Behörde. Auch in Spanien hat sich der Stromverbrauch nicht so entwickelt, wie die Planer das geplant haben. Während nämlich die wackeren Eidgenossen sich auf ihre Weise «informierten», diskutierte die spanische Regierung den Abbau des geplanten AKW-Programms. Die in Frage stehende Reduktion würde fünf Reaktorblöcke der dritten Generation betreffen, die sich in Planung oder bereits schon in einem frühen Ausbaustadium befinden. Es sind dies Trillo-1 und -2, wo unsere flotten Urlauber waren, Val de Caballeros-1 und -2 sowie Vandellos-2. Unsere reisefreudigen AKW-Fans haben sich vermutlich auf einer AKW-Ab-Baustelle informiert...

Propaganda-Millionen

Drei Millionen Franken hat die Nagra im vergangenen Jahr für Propaganda ausgegeben. 30 Millionen zahlten die Genossenschaftler allein 1982 in die Nagrakasse. Genossenschaftler sind: der Bund, die BKW, die NOK, EOS und die Atomkraftwerksgesellschaften Gösgen, Leibstadt und Kaiseraugst(!). Insgesamt wurden bereits 58,5 Millionen verbuttert. 1982 wurden 10 Prozent des Geldes, das – man darf das niemals vergessen – auch wiederum der Stromzahler aufbringt, für Propaganda ausgegeben.

Die Abrechnung für Propagandakosten der Nagra sieht summarisch wie folgt aus:

Informationsreisen	95 000
Pressereisen	33 000
Pressearbeit und Medienbetreuung	300 000
Wanderausstellung in Luzern und Lausanne	692 000
Vortragsabende und Podiumsgespräche in betroffenen Gemeinden	100 000
Inserate in der ganzen Schweiz	750 000
Nagra-Bulletin	327 000
Der Rest, zum Beispiel Löhne für Werbefachleute usw. wird über das laufende Budget gebucht.	

Egal, was es kostet!

Nach ihrem Amtsantritt hat die neue deutsche Bundesregierung endgültig beschlossen, den Schnellen Brüter von Kalkar doch noch fertig zu bauen. Der auch SNR-300 genannte Brüter kostete bisher 6,5 Milliarden Franken. Dazu haben die Industrie und die Elektrizitätsgesellschaften (also wiederum der Strombezügler!) 28 Prozent beigesteuert, den Rest übernahm der Steuerzahler über den Staat direkt. Trotz dieser absurden Kosten wird munter weitergewerkelt.

Schweizer Atommüll weiterhin ins Meer!

Die Schweiz, eines der letzten Länder, das seinen Atommüll immer noch ins Meer versenkt, ist vom WWF Schweiz aufgefordert worden, diese umstrittene Praxis unverzüglich einzustellen. Der WWF weist dabei auf die mangelnden wissenschaftlichen Abklärungen über die Folgen der Versenkung radioaktiver Abfälle ins Meer hin. Nachdem Mitte Februar auch die Londoner Konferenz über Meeresversenkungen ein – zwar unverbindliches – zweijähriges Moratorium beschlossen hatte, setzt der Bundesrat per Beschluss unbekümmert seine verantwortungslose Politik fort: Schweizerischer Atomabfall wird weiterhin ins Meer gekippt.

Schwach und mittelradioaktive Abfälle werden jedes Jahr vom Bundesamt für Gesundheitswesen eingesammelt und im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung (EIR) konditioniert und für den Transport vorbereitet. Rund zwei Drittel der Abfälle stammen aus Schweizerischen Atomkraftwerken, der Rest aus Industrie, Forschung und Medizin. Dieses Jahr sollen 1200 Tonnen radioaktiv verseuchten Materials versenkt werden. Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, erklärte zu diesem bundesrätlichen Entscheid, dass sich aus innen- und aussenpolitischen Gründen mittelfristig ein Schweizer Lager aufdränge. Aus «lokalpolitischen» Gründen komme aber Würenlingen als Zwischenlager nicht in Frage, meinte Kiener vor der Presse. Aus den gleichen «lokalpolitischen» Gründen wehren sich auch die Gemeinden, die von der Nagra bedrängt werden...